



Interviews

Datum: 05.09.2023

Philipp May im Gespräch mit Helge Braun

Philipp May: Am Telefon ist jetzt Helge Braun. Unter Angela Merkel war er Kanzleramtsminister. Jetzt ist er der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Bundestag. In der CDU ist er immer noch. – Guten Morgen, Herr Braun.

Helge Braun: Einen schönen guten Morgen! – Hallo, Herr May.

May: Christian Lindner kehrt zur Schuldenbremse zurück. Applaus, Applaus?

Braun: Die ersten Buh-Rufe sind schon gekommen, und zwar vom Bundesrechnungshof, der vorgerechnet hat, dass der Bundeshaushalt gar nicht mehr die ganze Wahrheit erzählt, sondern durch die sogenannten Sondervermögen, die eigentlich Schuldentöpfe außerhalb vom Haushalt sind, wird die wirkliche Neuverschuldung fünfmal höher sein als das, was die Schuldenbremse vorgibt, und damit ist es kein wirklicher Sparhaushalt.

May: Aber zu den Schattenhaushalten – wollen Sie das der Ampel wirklich vorwerfen? Sie waren doch eigentlich immer mit an Bord als Union.

Braun: An einer Stelle waren wir sehr klar mit an Bord. Das war in der Krise die Aufstellung des Sondervermögens für die Bundeswehr. Aber die Zahl der Schattenhaushalte – also der relevant großen - hat mittlerweile die Zahl von 29 erreicht und das ist einfach zu viel und es ist auch der Größenordnung nach zu viel. Das macht es uns auch als Haushälter nicht einfach, die sparsame Verausgabung des Steuerzahlergeldes gut zu überwachen.

May: Aber das sind ja nicht alle Schattenhaushalte, die die Ampel zu verantworten hat, wenn Sie jetzt die Zahl 29 ins Spiel bringen.

Braun: In den großen Summen schon, weil zwei ganz entscheidende, die 200 Milliarden, die jetzt im WSF sind, und dann auch die Umstrukturierung des Energie- und Klima-Fonds - 60 Milliarden hat sich Christian Lindner nachträglich aus dem Vorjahr in den Klimafonds gebucht -, das sind alles Dinge, das versteht kein normaler Mensch und das ist auch für einen Haushälter schwierig. Deshalb klagen wir gerade gegen den letzten Punkt auch vorm Bundesverfassungsgericht. Christian Lindner sagt immer die richtigen Worte zur Schuldenbremse, aber er lebt sie nicht.

May: Jetzt ist es unstrittig, dass Deutschland die Energiewende schaffen muss, dass Deutschland sich umbauen muss in Richtung klimafreundlicher Energieerzeugung. Wie wollen Sie es denn machen?

Braun: Ja, das ist absolut richtig. Aber die Vorstellung, dass man durch Haushaltsmittel gegen die Knappheit an Energie, die wir momentan haben, anfinanzieren kann, dass man mit einem Industriestrompreis die Industrie unterstützt und dass man ...

May: Aber der ist ja jetzt gar nicht im Haushalt veranschlagt, der Industriestrompreis.

Braun: Aber wir hatten schon ganz viele andere Maßnahmen auch im Haushalt drin. Wir haben viele, viele Entlastungspakete gemacht, die unsere Handlungsspielräume eingeschränkt haben. Am Ende hilft es aber nur, mehr Angebot zu haben, weil wir niedrigere Energiepreise für alle brauchen. Dann kurbelt das auch die Wirtschaft wieder an und dann haben wir auch mehr Steuereinnahmen. Alles hängt da mit allem zusammen.

May: Verstehe ich Sie richtig? Sie hätten, wo wir jetzt die Schattenhaushalte ansprechen, vor einem Jahr die Bürgerinnen und Bürger in Zeiten der Gaskrise nicht entlastet?

Braun: Oh ja, doch! Aber wir hätten genauso gleichzeitig angefangen, alle Möglichkeiten zu nutzen, das Angebot wieder zu erhöhen und den Bürgerinnen und Bürgern zu sagen, wir stellen auf eine strombasierte, CO2-neutrale Energieversorgung um, aber der Strompreis wird dauerhaft hoch bleiben. Das ist kein Anreiz und das ist der Grund. Wir haben ja eben gehört, dass Saskia Esken, die SPD-Vorsitzende sagt, unsere Exportschwäche liegt daran, dass andere Länder nichts importieren. Nein, unsere Exportschwäche liegt daran, dass Deutschland ein viel zu teures Land geworden ist, insbesondere wegen unserer hohen Energiepreise, und das belastet auch in Zukunft unsere Steuereinnahmen.

May: Aber das macht die Ampel doch jetzt, indem sie den Erneuerbare-Energien-Ausbau forciert – das (das gehört immer wieder zur Wahrheit hinzu; das kann ich insbesondere Ihnen als ehemaligem Kanzleramtsminister, Herr Braun, nicht ersparen) was in der Ära Merkel liegengeblieben ist beziehungsweise nicht so schnell vonstattengegangen ist, wie es eigentlich vonstatten hätte gehen sollen.

Braun: Der wesentliche Teil unseres Ausbaus erneuerbarer Energien ist während der Kanzlerschaft von Angela Merkel passiert. Das, woran der Ausbau erneuerbarer Energien krankt, ist die Tatsache, dass es uns an den Stromnetzen fehlt und dass deshalb sehr viel Zubau an erneuerbarer Energie gar nicht tatsächlich genutzt werden kann, da wo er gebraucht wird, weil wir ein Verteilungsproblem haben. Die Dinge sind vielschichtig und das alles drückt auf unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit auch auf unsere haushalterische Handlungsfähigkeit.

May: Jetzt muss haushalterische Handlungsfähigkeit geschaffen werden, wenn man, so wie Sie es wollen, nicht mit Schattenhaushalten wirtschaften möchte und auch nicht die Schuldenbremse aufkündigen möchte. Dann sagen Sie doch mal: Wo muss man Platz schaffen?

Braun: Das erste ist, dass die Ampel nach dem Regierungswechsel sehr, sehr viel in zusätzliches Personal in den Ministerien investiert hat. Das ist etwas, was man jetzt wieder deutlich zurückfahren muss. Mehr Bürokratie bringt das Land nicht nach vorne.

Das zweite ist, dass in der Vergangenheit es sehr starke Durchmischung von Bund- und Länderzuständigkeit gegeben hat, viele Förderinstrumente des Bundes, die auch

vor Ort nur ineffektiv wirken, die sehr kompliziert sind, weil der Bund den direkten Zugang zum Beispiel zu den Kommunen häufig nicht hat. Da ist meine klare Aufgabenkritik. Das sagt auch der Bundesrechnungshof. Dieser Mühe hat sich die Ampel nicht unterzogen.

May: Das klingt sehr technisch. Können Sie mal ein Beispiel nennen, dass wir das ein bisschen mit Leben füllen können?

Braun: Zum Beispiel sind sehr, sehr große Summen bereitgestellt worden für kommunale Infrastruktur und große Teile dieser Mittel sind am Ende nicht abgeflossen, weil es für die Kommunen auch zu kompliziert war, das in Anspruch zu nehmen. Trotzdem ist sehr viel Bürokratie aufgebaut worden, um solche Dinge in die Tat umzusetzen. Gekostet hat es am Ende doch und so gibt es zahlreiche Beispiele. Der Steuerzahlerbund gibt uns jedes Jahr ein dickes Buch mit Beispielen, wo mit Bundesgeld ineffektiv umgegangen wird. In Zeiten, wo die Spielräume enger werden, kann man sich das noch weniger leisten.

May: Bürokratieabbau – auch wieder so ein Thema, was wir auch schon aus Vor-Ampel-Zeiten gehört haben, wo aber nie etwas passiert ist. Das alles klingt schön, ist relativ schwierig, aber wir können jetzt mal genau in den Bundeshaushalt gucken. Nur mit Bürokratieabbau wird es ja nicht getan sein. Wo müsste die Ampel jetzt den Rotstift ansetzen, damit man die Zukunftsaufgaben unter Berücksichtigung der Schuldenbremse einhalten kann beziehungsweise angehen kann?

Braun: Bürokratieabbau kann schon eine ganze Menge bewirken. Wenn wir uns zum Beispiel mal anschauen: Es ist ja nicht so, dass die Ampel überall spart, sondern ihre großen Projekte wie zum Beispiel eine erhebliche Steigerung im Bereich der Grundsicherung oder auch für die Kindergrundsicherung ist ja Geld da.

May: Kindergrundsicherung ist aber erst für 2025. Wir sind bei 2024.

Braun: Die große Chance, zum Beispiel hier auch langfristig Freiräume zu schaffen, indem man die Bürokratie abbaut, indem man grundlegend sagt, wir vereinfachen

das System, das schafft die Ampel hier auch wieder nicht, sondern aus Angst, dass die Verteilungswirkung sich ändert, ist die neue Kindergrundsicherung in ihren ganzen Verteilungsmechanismen nicht weniger kompliziert als das, was wir heute haben. Die Chance auf Bürokratieabbau wird nicht wirklich wahrgenommen.

May: Wobei das Prinzip erst mal nachvollziehbar ist, dass man alle Leistungen bündelt und sie in einem auszahlt. Das ist erst mal ein sehr nachvollziehbarer und eigentlich auch Bürokratie abbauender Grund.

Braun: Die Idee war gut; die Umsetzung wird zeigen, dass das Ziel nicht wirklich erreicht wird, wenn man sie so komplex aufbaut, wie sie es jetzt gemacht haben.

May: Das Bürgergeld würden Sie auch nicht erhöhen, habe ich richtig verstanden? Die 4,3 Milliarden Euro würden Sie komplett einsparen? Die Inflation trifft die Schwächsten am härtesten.

Braun: Das würde ich immer so erhöhen, dass es im Einklang ist mit den finanziellen Entwicklungen in der Gesellschaft insgesamt. Hier rechnet Hubertus Heil mit deutlich höheren Steigerungen.

May: Zur steuerlichen Entlastung der Mittelschicht hat sich Friedrich Merz hinter einen Vorschlag gestellt, der von Jens Spahn kam beziehungsweise von einer CDU-Kommission, die Jens Spahn geleitet hat, den Spitzensteuersatz anzuheben von 42 auf 45 Prozent. Einverstanden?

Braun: Über so was kann man als letztes Mittel, wenn man anders die Aufgaben des Staates nicht erfüllen kann, immer diskutieren. Aber als Haushälter muss ich sagen: Bevor man zu solchen Maßnahmen schreitet, ist die erste Pflicht wirklich Aufgabenkritik, solide und niedrige Ausgaben. Und wenn man sieht, die Steuereinnahmen steigen ja. Wir werden im nächsten Jahr gesamtstaatlich, Bund, Länder und Kommunen, mehr als eine Billion Euro einnehmen. Das ist ein absoluter Höchststand. Das heißt,

aus Sicht eines Haushälters kann man sagen, unser Problem ist eigentlich kein Einnahmeproblem, sondern die Summe aller hohen Ausgabenwünsche. Da ist ein etwas schlanker Staat für mich die erste Priorität.

May: Herr Braun, eine Frage mit Blick auf die Zeit jenseits des Haushalts habe ich noch. Friedrich Merz tourt derzeit durch Deutschland mit einem neuen Slogan: „Nicht Kreuzberg ist Deutschland, sondern“ Gestern war er beispielsweise auf dem Gillamoos und dementsprechend sagte er dann: „Nicht Kreuzberg ist Deutschland, sondern Gillamoos.“ Kreuzberg steht nun mal sinnbildlich in Deutschland für Multi-kulti. Ist das jetzt der neue Ansatz der CDU?

Braun: Ich glaube, es ist ein Thema, das ganz wichtig ist, dass wir es ansprechen. Sehr, sehr viele Menschen, über die Hälfte leben im ländlichen Raum. Auch mein Wahlkreis ist so einer. Viele fühlen sich da nicht mehr mitgenommen.

May: Man hätte ja auch sagen können, auch Gillamoos ist Deutschland beispielsweise.

Braun: Die Frage ist ja, was ist repräsentativ, und mal ein klarer Satz dazu, dass in der Ampel momentan sehr viel Politik für sehr städtische Regionen gemacht wird, dass ein Gesellschaftsbild dort vertreten wird, was vielen Menschen Sorgen macht. Das kann man im ländlichen Raum in Deutschland spüren. Und dass die CDU die Partei ist, die sich gerade für die Menschen auch im ländlichen Raum starkmacht, das finde ich absolut richtig.

May: Welches Gesellschaftsbild konkret vertritt Ihrer Meinung nach die Ampel?

Braun: Die Ampel macht ja gerade an ganz vielen Stellen Gesellschaftspolitik. Von der Cannabis-Legalisierung bis zur freien Geschlechterwahl sind das viele Dinge, die wir als CDU so nicht mittragen können und wo ich mir auch Sorgen mache, dass das den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und unsere gesellschaftlichen Grundwerte negativ berührt. Deshalb bin ich da sehr, sehr in Sorge, weil gerade genau das die einzigen Themen sind, wo die Ampel sich wirklich einig ist. Wir haben die großen

Fragen von Wirtschaft und Haushalt, über die wir eben gesprochen haben. Da erleben wir den ständigen Streit.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.